

A	ÖS	1,-	J	Lit	1,600
D	DM	2,20	G.R.	p	75
CH	str	2,20	F	Flr	7,-
NL	hfl	2,30	USA	US\$	1,30
DK	dkr	8,-	AUS	A\$	1,30
S	skr	8,-	SA	R	1,20

# OST

Unabhängig, überparteilich und gemäß dem oben angeführten Wahlspruch berichtet diese Zeitung über alle pluralistisch-demokratischen Oppositionsgruppen des Ostblocks.

OSTNACHRICHTEN erscheint zweimal monatlich.

# NACHRICHTEN

Informationen und Analysen aus der Sowjetunion und Osteuropa

In Zusammenarbeit mit dem  
Forschungsinstitut für  
Sowjetische Gegenwart e.V.  
Lucile Grahn Str. 41, D-8000 München

3. Jahrgang Nr. 6  
Mai 1984

Redaktion:  
Graf-Storhenberggasse 9/4, A-1060 Wien,  
Tel.: 65 94 833

Algis Klimaitis

## Über die inneren Probleme der Sowjetunion

In der ersten Zeit nach der Wahl eines neuen Generalsekretärs in Moskau hält der politische Beobachter öfter als üblich Ausschau nach Veränderungen in der sowjetischen Politik.

Zukünftige Entwicklungen in der Aussen-, Innen-, Militär-, Wirtschafts- und Kulturpolitik stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen. Erahnt werden auch Macht- und Flügelkämpfe. Dennoch wird in vielen westlichen Medien eher ein Bild von der Sowjetunion gezeichnet, das einem unerschütterlichen Granitblock ähnelt.

Zwar wird hin und wieder auch auf ihre inneren Probleme hingewiesen, doch leider ist anzumerken, dass dieses nicht in dem Masse geschieht, wie es angemessen wäre, obwohl bekannt ist, dass die Sowjetunion grossem Innendruck ausgesetzt ist.

Die Hauptkräfte dieses Druckes sind:

- \* Wirtschaftliches Unvermögen, insbesondere der verpasste Anschluss an die modernen Techniken der Wirtschaften von Morgen.
- \* Glaubensverlust der Bevölkerung an die Ideologie, daher Mangel an Motivierung.
- \* Unsichere Satelliten.
- \* Das Nationalitätenproblem.

Werfen wir einen Blick auf die genannten Problemkreise:

### Wirtschaftliches Unvermögen

Die Wirtschaft von Morgen wird gestaltet durch den Einsatz moderner Technologien, wie z.B.: Industrieroboter, Gentechnologie, hochintegrierte Schaltkreise u.s.w.

Den Anschluss an diese Entwicklung haben die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten verpasst. Auch noch so verzweifelte Akte, wie der Diebstahl von westlichen Planungsunterlagen, sowie die illegale Beschaffung ganzer solcher Anlagen, ändern letztlich nichts an dieser Tatsache. Sie demonstrieren lediglich die Rückständigkeit und das Unvermögen, über vergleichbare eigene Entwicklungen zu verfügen.

Schon heute müssen die westeuropäischen Industrienationen, so hochentwickelt wie sie sind, die allergrössten Anstrengungen unternehmen, um an die profitbringenden Techniken der Japaner und Nordamerikaner im Mikroelektronik- und Industrieroboterbereich heranzukommen.

Im Vergleich zum Standard der westeuropäischen Industrienationen stehen die kommunistischen Planwirtschaften erheblich schlechter da. Niemand kann das bestreiten. Daher ist es heute notwendig zu fragen, ob der Ostblock den Anschluss an die Entwicklung überhaupt schaffen kann.

Kreativität, schnelle Entscheidungs- und finanzielle Risikobereitschaft (-und Fähigkeit!) sind der Nährboden, auf dem High-Technology entsteht. Dies sind allerdings Eigenschaften, die im bürokratischen Wirtschaftssystem sowjetischen Typs keine Entfaltungsmöglichkeiten haben.

Welch gewaltige wirtschaftliche Bedeutung den neuen Technologien zukommt, sieht man zum Beispiel daran, dass die 500 umsatzstärksten Unternehmen in den USA in den Jahren 1969 bis 1980 kaum neue Arbeitsplätze schufen. Kleine innovative Neugründungen, besonders im Bereich High-Technology, stellten dagegen 15 Millionen Arbeitnehmer an. 80 Prozent der von 1969 bis 1984 in den USA geschaffenen Arbeitsplätze stammen aus dem Bereich neugegründeter Technologiefirmen.

Den erreichten Lebensstandard sichern und ausbauen können nur Länder, die auch Morgen in der Lage sind weltwirtschaftlich mithalten. Wenn sie das nicht können, müssen sie sich auf ein vergleichsweise niedriges Lebensniveau begeben. Für die Sowjetunion und ihre Satelliten bedeutet dies jedoch ein noch niedrigeres als bisher!

Was wird das für Konsequenzen für die innere Sicherheit des Systems haben? Die Führungsmacht des Ostblocks hält sich in erster Linie deshalb am Leben, weil sie alle dem System möglichen Anstrengungen unternimmt, die Ausschöpfung der Ressourcen dem Polizei- und Militärapparat zur Verfügung zu stellen. Das hat dazu geführt, dass

die Sowjetunion mittlerweile das niedrigste Wirtschaftswachstum seit 1945 zu verzeichnen hat. Sie nimmt in Kauf, dass diese einseitige Auslastung ihrer Volkswirtschaft ihr erst die Geltung nach Innen und Aussen verschafft. In nur 16 Jahren, im Jahr 2000, könnten die USA ein High-Tech-Abwehrsystem ballistischer Atomraketen verwirklicht haben. Im Finanzjahr 1985 sind bereits Ausgaben in Höhe von 2,1 Milliarden Dollar vorgesehen. Das Projekt, das insgesamt einen Finanzbedarf von mehreren hundert Milliarden Dollar beansprucht, ist für die USA finanzierbar und würde wahrscheinlich im Laufe der Zeit technologisch durchführbar werden.

Dieses im Weltraum stationierte Abwehrsystem wäre in der Lage, einen gleichzeitigen Salvenangriff von mehreren tausend atomaren Fernraketen, 300 Sekunden nach deren Start, zu eliminieren. Die Installation dieses Systems würde zu einer radikalen Änderung der strategischen Weltsituation führen, wenn die Sowjetunion dem nichts entgegenstellt.

weiter n.S.

## Inhaltsverzeichnis

Innere Probleme der Sowjetunion	S. 1/2
UdSSR: falsche Zahlen bei Entwicklungshilfe	S. 3
UdSSR: Eichmann zionistisches Opfer	S. 4
Bulgarien: Minister weich gefallen	S. 4
Polen: Probleme der privaten Landwirtschaft	S. 5
CSSR: Teil II. geheime Öko-Studie	S. 6
CSSR: Geschlechtskrankheiten + Drogen	S. 7
DDR-Jugend: Zukunft gesucht!	S. 9
Ostwirtschaft	S. 10

Doch kann sie das finanziell und technologisch tun? Der Bogen der einseitigen Auslastung ihrer Volkswirtschaft lässt sich nicht folgenlos überspannen!

### Keine Motivierungspotenzen mehr

Das jahrzehntelange Dreschen ideologischer Phrasen einerseits und die Realität des alltäglichen Lebens andererseits, hat zum Glaubensverlust der Bevölkerung gegenüber der Ideologie geführt und folgerichtig dazu, dass die Motivierung der Bevölkerung für die verlangten gesellschaftlichen und ökonomischen Aktivitäten praktisch nicht mehr vorhanden ist.

In diesem geistig-seelischen Klima wächst eine Generation heran, auf die der Gründemythos des Sozialismus nicht mehr wirken kann.

Konnte in den ersten Jahren des Bestehens der jungen Sowjetrepublik die Schuld an den Unzulänglichkeiten des Lebens noch "konterrevolutionären Umtrieben" und den Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges zugeschrieben werden, so mussten danach die Anfangsschwierigkeiten beim Umformen der Gesellschaft herhalten. Noch später kam der Umstand des "Grossen Vaterländischen Krieges" zur Hilfe und danach wieder die Nachwirkungen desselben.

Vier Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg haben allerdings noch immer nicht dazu geführt, dass die Menschen, ohne Schlange stehen zu müssen, die einfachsten Dinge einkaufen können, dass jede Familie eine eigene bescheidene Wohnung besitzen kann, u.s.w.

Logisch, dass dort, wo es an der notwendigen Motivierung fehlt, die Produktivkräfte der Arbeiter freiwillig nicht mehr gesteigert werden können. Steigerungsraten müssen dann durch Rationalisierungen im organisatorischen Bereich und durch Technisierung erreicht werden. Also letztlich in High-Technology. Ein Bereich allerdings, in dem die Sowjetunion den Anschluss an die moderne Entwicklung verpasst hat.

### Unsichere Satelliten

Die genannten Erscheinungen treffen auch auf die osteuropäischen Satelliten der UdSSR zu, da sie nach sowjetischem Vorbild konstruiert sind. Doch die Auswirkungen der Erscheinungen unterscheiden sich von denen der Sowjetunion, in dem sie die Unzufriedenheit noch stärker zum Ausdruck kommen lassen. Der Grund liegt darin, dass die meisten der jetzigen Satelliten vor ihrer Vereinbarung in den sowjetischen Machtbereich wirtschaftlich bessere Zustände kannten.

Dazu gesellt sich der nationale Unterdrückungsaspekt, was bei den Russen nicht der Fall ist.

Deshalb lassen sich die Satelliten nur mit massivem politisch-militärischen Druck im Machtbereich der Sowjetunion halten.

Dennoch hat dieser Druck sie nicht vor tiefen Erschütterungen bewahrt, wie die Jahre 1953 (Ostdeutschland/Polen); 1956 (Polen/ Ungarn); 1968 (Tschechoslowakei); 1970 (Polen) und 1980 (wieder Polen), bezeugen.

Eine gewisse Beruhigung im sowjetischen Glacis ging immer Hand in Hand mit einer Verbesserung der Versorgungslage, so wie umgekehrt die Versorgungs- u. Wirtschaftskrise zu Unruhen führte. Die Polen haben das zuletzt 1980 wieder gezeigt: als die Fleischpreise erhöht wurden, empörten sich an der Ostseeküste die Arbeiter. Der Auslöser zur Gründung der Solidarnosc war die Versorgungskrise!

Die seit 1980 so genannten "polnischen Ereignisse", deren Ursachen allerdings auch in allen anderen Satelliten wiederzufinden sind, werden deshalb in ähnlicher Form erneut auftreten und höchstwahrscheinlich zu einer grösseren Destabilisierung der Macht der Sowjetunion in diesem Raum führen.

Entgegenwirken könnte die Sowjetunion solcher Entwicklung, wenn sie Osteuropa dekolonialisiert in die wirtschaftliche Mündigkeit entlässt und statt der Zwangsherrschaft eine Zusammenarbeit einleitet.

Denkbar ist auch, dass sich die Führungen der osteuropäischen Satelliten, der auf ihre (Statthalter-) Herrschaft zukommenden Gefahren wohl bewusst, selber die nötigen Freiräume zu solcher Entwicklung schaffen.

Die dosiert zunehmende wirtschaftliche Westorientierung Ungarns, und der deutsch-deutsche Dialog weisen in diese Richtung.

### Das Nationalitätenproblem

Die Sowjetunion ist ein Vielvölkerstaat mit über 100 Nationalitäten, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Die andere Hälfte sind Russen. Dennoch sitzen letztere nahezu allein an den Schalthebeln der Macht: im Zentralkomitee der KPdSU, im Sicherheits- und Militärapparat, in der Zentralregierung, im Wirtschafts- Bildungs- und Kulturwesen.

Mit dem Deutlicherwerden der zunehmenden inneren Schwierigkeiten, wächst die Unzufriedenheit jener Völker, die bisher an den politischen Entscheidungen, die sie selber betrafen, nicht teilhaben konnten.

Dies trifft besonders für die zentralasiatischen Sowjetrepubliken zu, die über einen höheren Geburtenzuwachs als die Russen verfügen, und für die südlichen Republiken, die eine bessere Versorgungslage haben.

Die sowjetische Zentralführung hat jedoch keinerlei Regelungen getroffen, um die Lage zu ändern. Im Gegenteil, unionsweit ist auf dem Gebiet der Kultur und Erziehung eher noch ein stärkeres Hervorheben des russischen Anteils festzustellen.

Das Nationalitätenproblem spiegelt sich auch in der Aufschlüsselung politischer Gefangener nach Volkszugehörigkeit wider.

Nach der jüngsten Statistik des "Arbeitsausschusses politische Gefangene in der UdSSR" der Internationalen Gesell-

schaft für Menschenrechte (Frankfurt/Main), sind ca. 70 Prozent der dem Arbeitsausschuss bekannten politischen Gefangenen Nichtrussen, bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 50 Prozent. (Gesamtzahl der dem Ausschuss bekannten Fälle: 1.397; Stand 1.3.1984). Diese Zahl ist zweifellos statistisch repräsentativ.

Drei Volksgruppen spielen über die angeschnittenen Problemkreise hinaus ebenfalls eine herausragende Rolle bei der Beurteilung des Nationalitätenproblems: Die Juden, die Volksdeutschen und die baltischen Völker (Esten, Letten und Litauer).

Es gibt in der UdSSR ca. 2 Millionen Volksdeutsche und ebenfalls ca. 2 Millionen Juden. Grosse Teile der Juden und Volksdeutschen, die einen nicht unbedeutenden Anteil an der Intelligenz bzw. Facharbeiterschaft stellen, wollen die Sowjetunion verlassen.

Lässt man sie gehen, hinterlassen sie "Produktivlücken", die man sich nicht erlauben kann. Lässt man sie nicht gehen, erhöhen sie das ohnehin anwachsende Unzufriedenheitspotential.

In den drei baltischen Völkern ist der Wille, sich von der Sowjetunion zu trennen, wenn es eine reale Chance dazu gäbe, ungebrochen, seitdem ihre unabhängigen Staaten 1940 völkerrechtswidrig, aufgrund einer geheimen Absprache zwischen Hitler und Stalin, annektiert wurden.

Bis in die Mitte der 50er Jahre hinein dauerte ihr bewaffneter Widerstand gegen den Okkupanten. In diesem ungleichen Kampf fielen mindestens 30.000 Partisanen, weitere Zehntausende wurden nach Sibirien deportiert. Von ihnen wiederum kamen die meisten nicht lebend in die Heimat zurück.

Diese Tatsache aus der jüngsten Geschichte wirkt in die Gegenwart hinein. Heutzutage äussert sich der Widerstand in einer grossen Zahl von Untergrundzeitschriften, in Streikaktionen, massenhaften Protestunterschriften, Studentenumruhen, sogar Selbstverbrennungen.

Die Hintergründe der Probleme, die die sowjetische Führung mit diesen drei Völkern hat, sprengen den Rahmen eines reinen Nationalitätenproblems. Mit zunehmender Verschlechterung der Versorgungslage und wachsender Aussichtslosigkeit findet hier der "Bacillus polonicus" bereits geistige Aufnahme.

Wie man sieht, steht die sowjetische Nomenklatura vor schwerwiegenden Problemen. Die Politik der Unbeweglichkeit, die die Sowjetführung hartnäckig fortsetzt, verspricht nur weitere Komplikationen.

Abonnieren Sie  
OST  
NACHRICHTEN  
jetzt !

## International:

Lediglich 0,19 Prozent des Sozialproduktes an die Dritte Welt

### Sowjets machen falsche Angaben über ihre Entwicklungshilfe

Die Sowjetunion hat in den verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen falsche Angaben über ihre Leistungen für Entwicklungshilfe in der Dritten Welt gemacht. Zwischen 1976 und 1980 betragen sie nicht 44 Milliarden Dollar, wie es Moskau offiziell bei der UN angegeben hat, sondern lediglich acht Milliarden Dollar. Dies wird in einer Studie des Wirtschaftsdienstes des britischen Aussen- und Commonwealthministeriums festgestellt.

Der Studie zufolge betrug die Entwicklungshilfe der Sowjets in den betreffenden vier Jahren nicht ein Prozent, wie von Moskau behauptet, sondern nur 0,19 Prozent (1980). Zu demselben Ergebnis ist auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris gekommen. Die Mitgliederländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bemühen sich, heisst es in der britischen Studie, den Anschein zu erwecken, sie leisten mehr Entwicklungshilfe als die westlichen Industrieländer. Die Moskauer Angaben, die Sowjetunion habe ihre Leistungen gegenüber der

Dritten Welt von 0,9 Prozent des Bruttosozialproduktes im Jahr 1976 auf 1,3 Prozent in 1980 erhöht, seien "ein Bluff". Auch die Behauptung der DDR, sie habe im Jahre 1981 0,78 des Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe in die Länder der Dritten Welt vergeben, wird in der Studie bezweifelt.

Die Vereinten Nationen haben den westlichen Industrieländern das Ziel gesetzt, 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe zu leisten. Mehrere Industrieländer, darunter Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich, haben dieses Ziel erreicht oder überschritten. Die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1982 auf 0,48 Prozent des Bruttosozialproduktes.

Auch die Qualität der westlichen Hilfeleistungen liege noch über denen der RGW-Länder, heisst es weiter im Bericht. Die Entwicklungshilfe der sozialistischen Staaten konzentrierte sich auf sechs Länder: Kuba, Vietnam, die Mongolei, Laos, Kambodscha und Afghanistan. Sie werden als "Länder der Gruppe 1" bezeichnet. Zwischen 1976 und 1982 stieg der Anteil der Gruppe

1 an der Entwicklungshilfe der RGW-Länder von 65 auf 76 Prozent.

Bei den "Ländern der Gruppe 2", darunter Indien, Brasilien, Bangladesch, Marokko und die Türkei, war die Nettohilfe "negativ": 1981/1982 mussten diese Länder mehr als Tilgung und Zinsen für frühere Entwicklungskredite zurückzahlen, als sie neue Zuwendungen vom RGW bekamen.

Von der Entwicklungshilfe des RGW erhielten in den Jahren 1981/1982 Vietnam 34%, Kuba 20% und die Mongolei 18 Prozent. Die von den RGW-Ländern gewährten Entwicklungskredite sind in den meisten Fällen rigoros an Lieferungen aus den betreffenden Ländern gebunden, während die westliche Entwicklungshilfe zum grössten Teil als frei verfügbare Darlehen ohne Kaufzwang im Geberland geleistet wird. Auch die Zinsbedingungen der westlichen Industrieländer seien wesentlich günstiger als die der RGW-Mitglieder, was zu weitverbreiteter Unzufriedenheit in der Dritten Welt gegenüber der RGW geführt habe, heisst es abschliessend in der britischen Studie.

### Sowjetsoldaten in Afghanistan nehmen Drogen Aber Sex nur unter Lebensgefahr

"Wir nahmen Heroin, Haschisch und Kokain - das ist völlig normal." Dies sagte der 21 Jahre alte Sowjetsoldat Wladislaw Naumow aus Wolgograd in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten und Fernsehproduzenten Kurt Lobeck über seinen Einsatz als Besatzungssoldat in Afghanistan. Der russische Soldat hatte sich von seiner Truppeneinheit im Herbst vergangenen Jahres abgesetzt; er wird zurzeit als Kriegsgefangener der afghanischen Widerstandsbewegung, der Mudschaheddin, innerhalb Afghanistans festgehalten.

Naumow erklärte, dass unerlaubte Drogen für die sowjetischen Truppen leicht zu bekommen seien und das "fast alle" Sowjetsoldaten in Afghanistan Drogen nahmen.

Drogen würden besonders vor militärischen Operationen eingenommen, fuhr er fort. "Es ist kein Problem, sie zu bekommen. In Afghanistan kann man Heroin, Kokain oder Haschisch in jeder Taverne kaufen. Sie verkaufen es in jedem Laden."

Auf die Frage, ob die Sowjetsoldaten in Afghanistan die Möglichkeit von Sex hätten, sagte Naumow: "Es gibt keine Frauen aus der UdSSR in Afghanistan, und es ist sehr gefährlich, die Einheit zu verlassen. Man riskiert sein Leben, wenn man die Kaserne verlässt, um zu einer Frau zu gehen. Die Sowjetsoldaten haben überhaupt keinen Sex."

Bevor er nach Afghanistan kam, hatte man den jungen Soldaten offiziell mitgeteilt, die Sowjetarmee sei dort seinerzeit nur "zwei oder drei Stunden vor den

Amerikanern" eingeoffen. "Sie sagten uns, hier (in Afghanistan) seien Söldner aus europäischen Ländern und aus Amerika. Sie haben uns betrogen." Die meisten Sowjetsoldaten in Afghanistan, so fuhr er fort, wollen nicht kämpfen. "Viele würden gern zu den Mudschaheddin überlaufen, aber es gibt Schwierigkeiten. So können einige nicht hier herüberkommen, weil sie zu Hause Kinder oder eine Familie haben", sagte Naumow. Nach seiner Zukunft gefragt, antwortete er: "Ich will hier gegen diesen unmöglichen Krieg kämpfen". Und weiter: "Ich habe mir eine völlig veränderte Meinung über die Sowjetunion gebildet.

### Heisser Draht zwischen Washington und Moskau

Die Vereinigten Staaten hoffen, dass dieser Tage ein Abkommen mit der Sowjetunion in Kraft tritt, welches die technische Verbesserung des "heissen Drahtes", der Direktverbindung zwischen dem Kreml und dem Weissen Haus vorsieht. Das Nottelefon für Krisensituationen bestand bisher aus einem Telexgerät, das jetzt durch einen Telekopierer ersetzt werden soll, der die Übermittlung einer maschinengeschriebenen Seite innerhalb von Sekunden ermöglicht. Von einer Video- und Summenübermittlung hat man schliesslich abgesehen: ein Beamter im Weissen Haus begründete die Entscheidung so: "In Krisenzeiten wollen wir keinen Raum für Fehlinterpretationen oder falschen Eindrücken lassen, die durch Gesichtsausdrücke oder Tonfällen entstehen könnten".

### Portugal wieder im Blickfeld der Sowjets

Kommunistische Partei erhielt Auflagen zur zeitweiligen Zurückhaltung

Das NATO-Land Portugal mit seiner sozialistischen Regierung unter Mario Soares ist offenbar wieder stärker in das von Experten als "langfristiges operatives Feld" bezeichnete Interessengebiet der Sowjets geraten. Von unterrichteter Seite in der Hauptstadt Lissabon heisst es dazu, die Kreml-Führung habe gleichzeitig der vor allem im Süden und Südosten des Landes starken Kommunistischen Partei des Landes (PCP) mit dem Alt-stalinisten Alvaro Cunhal an der Spitze Anweisung erteilt, weniger als bisher "klassenkämpferisch" in Erscheinung zu treten.

Davon werde nach Ansicht von Beobachtern vor allem die in der Vergangenheit wegen spektakulärer KGB-Aktionen ins Zwielficht geratene sowjetische Botschaft in der Stadt am Tejo mit Botschafter Valentin Vdovin "am Steuer" profitieren.

Im Zusammenhang damit verweisen die Beobachter auf das zunehmende sowjetische Interesse an separatistischen Bestrebungen in Portugal, so zum Beispiel auf den strategisch wichtigen Atlantikinseln der Azoren, aber auch in der gleichfalls autonomen Region Madeira, der strategische Bedeutung nicht minder gebührt. Erst kürzlich ist Botschafter Vdovin einem Bericht der portugiesischen Wochenzeitschrift "Tempo" zufolge zur "Erkundung der Geschichte, der Traditionen und der Kultur" nach Madeira gereist. Dabei hatte der Botschafter unter anderem auch auf Entwicklungsmöglichkeiten des sowjetischen Tourismus in portugiesische Provinzen hingewiesen.

## Neue Probleme bei ägyptischer Panzerbeschaffung

Rumänien stellte Lieferungen ein - deutsche Neuentwicklung nicht ausgeschlossen

Ägypten hat Schwierigkeiten bei der Beschaffung neuer Kampfpanzer, nachdem Rumänien seine Lieferungen eingestellt hat. Ursprünglich wollte Rumänien 200 Panzer einer Version des sowjetischen Typs T-55 an Kairo liefern. Tatsächlich gelangten aber nur 60 nach Ägypten. Zur Begründung hieß es in diplomatischen Kreisen, dass Rumänien eine Weitergabe dieser Panzer an den Irak befürchte, der sich im Krieg mit dem Iran befindet. In diesen Konflikt wünsche Bukarest auch nicht indirekt hineingezogen zu werden.

Nachdem die Ägypter zunächst den Ankauf jugoslawischer Panzer in Betracht gezogen haben, die in gewisser Weise dem sowjetischen Typ T-62 entsprechen, wird neuerdings die Entwicklung eines für die besonderen ägyptischen Verhältnisse "zugeschnittenen" neuen Panzers durch das deutsche Unternehmen Krauss-Maffei geprüft. Ein Sprecher der Firma betonte in diesem Zusammenhang, dass die Entscheidung über einen etwaigen Export allein bei der Bundesregierung liege.

Der sowjetische T-62 hat sich beim letzten ägyptisch-israelischen Krieg 1973 nach dem Urteil westlicher Fachleute praktisch als Versager erwiesen. Der T-55 ist nach ihrer Meinung technisch veraltet. Von beiden Typen besitzen die Ägypter etwa 1.600 Stück. Sie bilden die Hauptmasse der ägyptischen Panzerwaffe. Um Ägypten vor allem gegen das benachbarte und von den Sowjets hochgerüstete Libyen zu stützen, haben die USA in den letzten Jahren über 300 Panzer ihres Typs M-60A3 geliefert.

## Bulgarien:

### Entlassene Minister "weich" gefallen

Eine am 11.1.84 in Sofia veröffentlichte Regierungsmitteilung untermauert den Eindruck, dass die am 3.1.84 durchgeführte Regierungsumbildung keine tatsächliche Säuberung von nicht qualifizierten Ministern darstellt. Bei einer genaueren Analyse der Mitteilung erkennt man, dass Todor Schiwkoff nicht auf seine bekannte Vorgangsweise verzichtet hat zu versuchen, einerseits die Probleme mit Hilfe von taktischen Manövern und Umbildungen zu entschärfen, und andererseits die ihm treuen Leute beizubehalten, in dem er ihnen neue Posten verschafft.

Zwei der ehemaligen Minister, die wegen der Reform ihre ursprünglichen Ministeressel verlassen mussten, haben eine andere Möglichkeit einer "bescheidenen" Versorgung bekommen. Iwan Sakarev, der ehemalige Bautenminister, wurde zum ersten stellvertretenden Minister für Bauten und Infrastruktur ernannt, und Rumen Serbesov, der ehemalige Minister für Leichtindustrie zum ersten stellvertretenden Minister für Produktion und Handel mit Waren des täglichen Bedarfs.

Tontscho Tschakarow, der auf der ausserordentlichen Sitzung der Volksversammlung am 3.1.84 von seinem Posten als Minister für Maschinenbau und Elektronik entlassen und zum Mitglied des Ministerrats ohne Portefeuille ernannt worden war, erhielt in der Folge die Aufgabe, den neuen Minister seines alten Ministeriums, das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Partei, Ognjan Dojnov, zu vertreten.

Der "entlassene" Vorsitzende der Volksbank Weselin Nikiforoff erhielt, den Posten des Vorsitzenden des Komitees für soziale Information sofort die ehemalige Direktion für Statistik.

Eine der neuernannten Personen in

der Regierung ist Stojan Markov. Er wurde zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des "Komitees für Wissenschaft und technischen Fortschritt" im Rang eines Ministers. Bisher hatte dieses Komitee nur drei erste stellvertretende Vorsitzende, doch ohne Minister-rang. Um zu illustrieren, wie rationell Bulgarien von den Kommunisten regiert wird, die immer versuchen, sich als die erklärtesten Feinde der Bürokratie darzustellen, soll die Tatsache herausgestellt werden, dass Stojan Markov bis zu seiner Beförderung Leiter der Abteilung für Industrie und Transporte beim ZK der Partei war.

Stefan Tabakoff

## UdSSR:

Offener Brief eines Sowjetgelehrten gegen Antisemitismus

### Adolf Eichmann in sowjetischer Zeitschrift als "Opfer zionistischer Terroristen" dargestellt.

In der Sowjetunion sei in den letzten Jahren "eine trügerische und gefährliche Tradition entstanden", nach der die Auswanderung und die Repatriierung eines jüdischen Gelehrten aus der Sowjetunion "unabhängig von seiner zukünftigen politischen Stellungnahme, automatisch zu einer Tabuisierung seiner Worte und der Erwähnung seines Namens führt". Dies stellte der sowjetische Historiker Dr. Ivan Martynow in einem Offenen Brief an das Präsidium der sowjetischen Akademie der Wissenschaften fest, in dem er auch "eine öffentliche Diskussion über die Gründe" fordert, die ihn veranlasst haben, aus dem wissenschaftlichen Rat des Leningrader Instituts für Kultur auszuscheiden. Anlass für die öffentliche Stellungnahme von Martynow ist das Erscheinen eines Beitrages des Historikers Lew Kornejew in der Leningrader Zeitschrift "Newa". Kornejew behauptet darin, Adolf Eichmann sei "ein Opfer zionistischer Terroristen" geworden. Auch die Zahl der jüdischen Opfer des Holocaust sei "zwei bis dreimal übertrieben".

Martynow bezeichnet die Behauptungen von Kornejew als "blasphemisch" und unterstreicht gleichzeitig, dass zur Zeit in der Sowjetunion diejenigen, die als "Zionisten" gebrandmarkt werden, gleichgestellt mit den sowjetischen Juden werden, "die sich ihres Judentums bewusst sind". Es sei "eine Schande für das sowjetische Volk", das Kornejew "und andere Antisemiten" gegen die "masslose Würdigung" des Beitrages ins Feld zögen, den jüdische Gelehrte und Künstler in der Kultur jener Völker leiteten, deren Zivilisation sie angenommen haben.

Anhand zahlreicher Beispiele dokumentiert Martynow wichtige Beiträge jüdischer Wissenschaftler zur Erschließung der russischen Geschichte und der russischen Kultur. Trotz der Tatsache, dass diese namentlich genannten Persönlichkeiten "aktiv zum Wohle Russlands tätig waren und bedeutende Ergebnisse erzielt haben", werden sie "angeschwärzt", ihre Namen werden aus Publikationen, Buchhandlungen und Bibliothekskatalogen entfernt.

Als erster nichtjüdischer Wissenschaftler legt Martynow offen, dass auch er, ähnlich wie andere sowjetische Wissenschaftler, Arbeiten, die gemeinsam mit jüdischen Kollegen erbracht wurden, allein unter seinem Namen erscheinen liess. Obwohl dies auf Geheiss der inzwischen ausgewanderten Kollegen geschehen war, "empfinde ich es als schandhaft und schmerzlich, dass ich jahrelang aus Weichheit und Herzensschwäche zugestimmt habe, dass Papiere allein unter meinem Namen erschienen sind, die wir gemeinsam erarbeitet haben". Auch auf diese Weise wird die Rolle jüdischer Wissenschaftler in der russischen Kultur tatsächlich minimalisiert und gefälscht.

Martynow appelliert in seinem Offenen Brief an alle sowjetischen Kollegen:

"1. Entschlossen für die Abschaffung aller diskriminierenden Massnahmen zu kämpfen, die gegen Wissenschaftler jüdischen Ursprungs gerichtet sind, die aus der Sowjetunion ausgewandert oder repatriert sind, einschliesslich des Rechts, fertiggestellte aber noch unveröffentlichte Arbeiten mitzunehmen;

2. Ihre Arbeiten nicht in Verlagen und Publikationen zu veröffentlichen, die Wissenschaftler jüdischen Ursprungs, die inzwischen die Sowjetunion verlassen haben, diskriminieren;

3. L.A. Kornejew gnadenlos zu verurteilen und aus der Gemeinde der Wissenschaftler auszuschliessen, da er schlimmsten Antisemitismus in der sowjetischen Presse unter der Tarnung des "Kampfes gegen den internationalen Zionismus verbreitet".

Gleichzeitig mit seinem Brief kündigte Martynow auch an, dass er auf seinen akademischen Titel verzichte, zumal dieser auch von Kornejew getragen wird.

Martynows Stellungnahme entbehrt jeder antisowjetischen oder systemkritischen Stellungnahme. Er bekennt sich als russischer Patriot, für den "russische Kultur sowohl sein Lebenswerk, als auch den Sinn seines Daseins ergibt".

## Polen:

ON-Gespräch über die Probleme der privaten Landwirte.

# Zu breite Schienen nach Osten?

Sieht man heutzutage noch Bilder vergangener bäuerlicher Idylle - einen Holzwagen der ein paar Pferde über die frisch umgebrochene dunkle Erde im frühlinghaften Grün der Landschaft zieht - so kommen diese Bilder aller Wahrscheinlichkeit nach aus Polen. Leider steckt hinter diesem Idyll ein gewaltiges Stück Problematik, dass immerhin 82% der polnischen Bauern, nämlich die Privatbauern betrifft. Für gerade diesen Teil der Bevölkerung Polens war das Erstehen der "Solidarnosc" ein Hoffnungsschimmer, der seine Auswirkungen noch immer zeigt.

"Es gibt etwa 3 Millionen Bauernhöfe in Polen, auf denen etwa 10 Millionen Menschen leben. Gut die Hälfte davon sind Mitglieder der Bauern-Solidarnosc. Sie zahlen noch immer ihre Mitgliedsbeiträge und fühlen sich als Mitglieder von Solidarnosc, wahrscheinlich stärker als zuvor," erklärte Maria Jablonska in einem Gespräch mit OSTNACHRICHTEN. Frau Jablonska, 62 Jahre alt ist eines der führenden Mitglieder der "Bauern-Solidarnosc". Obwohl sie jetzt in Österreich lebt, - sie verliess Polen 1982, weil man sie damals aufgrund ihres Alters ausreisen liess - tut Frau Jablonska alles, um ihre Landsleuten mit der Organisation von Hilfssendungen zu unterstützen.

Sie tut auch ihr Bestes, um die "Bauerngewerkschaft" hier im Westen zu vertreten. "Es ist sehr schwer, die Stärke der "Bauernsolidarnosc" richtig einzuschätzen. Einer der Gründe dafür ist, dass die "Bauernsolidarnosc" im Westen nicht vertreten ist. "Soviel ich weiss, bin ich die einzige Vertreterin hier. Wie Sie ja wissen, sind die Bauern nicht ausgewandert."

Trotz starker Solidarität untereinander fehlt ihnen die politische Kraft, ihre Forderungen auch umzusetzen. "Stellen Sie sich vor, die Bauern würden eine Woche lang keine Milch liefern. Das wäre das Ende. Aber wir können das nicht tun, denn die Leidtragenden einer solchen Aktion wären die Arbeiter und ihre Kinder."

Ein Spannungsfeld also, dass den Bauern die Hände bindet. Trotzdem, meinte Frau Jablonska, sei die Beziehung zwischen Arbeiter- und Bauern-Solidarnosc immer gut gewesen. Aber, so Frau Jablonska, "sie (die Behörden) haben von Anfang an versucht, uns zu trennen. Wir wussten, dass wir zusammenarbeiten müssen. Wenn wir zum Beispiel Fleisch an den Staat verkauften, zahlte uns die staatliche Ankaufsstelle 100 Zloty für das Kilo Fleisch. Den Arbeitern verkauften sie dann das Kilo zu 400 bis 500 Zloty. Dann sagten sie immer, die Bauern würden so viel Geld verlangen, aber wir bekamen überhaupt nicht mehr Geld.

Die meisten Bauern haben Vieh ja nur aus Patriotismus gehalten, weil sich das meist garnicht auszahlt."

Diese Unproduktivität, entweder weil die Bauern teils aus Mangel an den nötigsten Mitteln wie Futter, Maschinen oder auch Land, nicht effektiv arbeiten

können, teils garnicht arbeiten wollen, oder die erarbeiteten Lebensmittel auf dem Transport oder während unsachgemässrer Lagerung verkommen, scheinen, die Hauptprobleme der polnischen Landwirtschaft zu sein.

"Dieser Regierungssprecher, Urban, sagte einmal, dass die kollektiven Landwirtschaften die Polen ernähren könnten. Wie der nur so etwas behaupten kann", entrüstete sich Frau Jablonska. "Sie bekommen zwar alles vom Staat was sie brauchen, aber sie sind ja total unproduktiv. Und hören Sie sich das



an: um die Polen mit Getreide zu versorgen brauchen wir rund 7 Millionen Tonnen Getreide. Jetzt geben wir noch etwa 5 Millionen dazu für Futter, das macht insgesamt 12 Millionen Tonnen Getreide. Als ich noch in Polen war, lieferten wir Privatbauern im Durchschnitt zwischen 22 und 25 Millionen Tonnen an den Staat. Ich habe zu der Zeit bei den Solidarnosc-Versammlungen ganz offen gefragt, wo denn die restlichen 10 Millionen Tonnen geblieben seien, warum wir eigentlich die amerikanischen Bauern ernähren müssten? Lech Walesa sagte mir damals, wir hätten zu breite Schienen nach Osten."

Für Frau Jablonska wären viele Probleme schon halb gelöst, liesse man den Bauern nur etwas mehr freie Hand. Das betrifft auch den katholischen Hilfsfond für die Privatbauern, dessen gesetzliche Grundlage erst kürzlich vom Sejm bewilligt wurde. "Am besten wäre es, wenn die Bauern direkt in den Westen exportieren könnten, dann könnten sie sich auch rasch das nötige westliche Geld zur Beschaffung der Maschinen verdienen. Sollen sie doch dem Staat die geforderten 50% des Fonds zugestehen. Es wäre gar nicht so schlecht, denn die Bauern brauchen eine Menge Industrieprodukte und die können ja in Polen hergestellt werden."

Ein schwerwiegendes Problem seien jedoch die Beamten in den verschiedenen staatlichen Gremien. "Ein einfacher Bauer versteht ja oft mehr von Wirtschaft als die Funktionäre im Landwirtschaftsministerium. Die denken nur an ihre Positionen und nicht an die Dinge, die wirklich benötigt werden," erklärte Maria Jablonska.

Andern werde sich die Situation erst, wenn den Bauern auch die Möglichkeit irgend einer politischen Vertretung eingeräumt werde. Die pro forma noch immer existierende Volkspartei, einst die politische Partei der Bauern ist praktisch gleichgeschaltet und mit dem Kriegsrecht wurde auch die rechtliche Basis für die offizielle Existenz der Bauern-Solidarnosc zerstört.

Früher oder später muss eine Organisation, müssen die Bauern irgend eine Form der rechtlichen Interessenvertretung bekommen. "Anders wird es nie zu einer vernünftigen Lösung der polnischen Situation kommen", meinte Frau Jablonska. So eine Organisation werde nicht unbedingt den Namen Solidarnosc tragen, aber trotzdem sei die einstige Gewerkschaft die Grundlage für die Zukunft.

### ON-Mitteilung

Prof. Dr. Zieba übergibt Polen-Redaktion an Frau Elzbieta Lederer

Wegen vielfältiger Verpflichtungen in anderen Bereichen übergibt der früher an der Universität von Krakau lehrende Mathematiker, Prof. Dr. Andrzej Zieba die Polen-Redaktion von OSTNACHRICHTEN an die aus Polen stammende Journalistin Elzbieta Lederer, Frau des kürzlich verstorbenen tschechischen Publizisten Jiri Lederer.

Gegenüber dem Redaktionskollegium erklärte Prof. Dr. Zieba, dass er es bedauere, nicht mehr regelmässig mitarbeiten zu können, andererseits freue er sich, dass Frau Lederer nun diese Funktion übernehme. "Ich weiss, dass ich meine Funktion in die allerbesten Hände übergebe", schrieb er in seinem Rücktrittsbrief. OSTNACHRICHTEN dankt Prof. Dr. Zieba für seine Mitarbeit seit Gründung der Zeitung.

# Tschechoslowakei:

Teil II Ökologie - CSSR

## "Morgen kann der Mensch hier nicht mehr leben"

Als sehr ernst wird die Lage auf dem forstwirtschaftlichen Sektor der CSSR angesehen. Dies gilt sowohl für die Holzgewinnung, als auch ausserhalb der Produktionsfunktion. Mit der wachsenden Belastung der Wälder und der Landwirtschaft durch Emissionen wird künftig auch die Beschädigung des Waldbestandes ansteigen. Höchstwahrscheinlich werden 45-60% der Waldflächen bis zum Ende des Jahrhunderts von direkten Schäden betroffen sein. Bereits heute steht die absolute Mehrheit des böhmischen und mährischen Gebiets unter direktem Einfluss des sauren Regens, der negative Auswirkungen auf Vegetation, Boden und auch auf die Wasserbiotope, Fische usw., hat. Dadurch wird die Fruchtbarkeit des Holzbestandes unterbunden, und die Frist bis zur Schlagreife wird verlängert und verursacht das Absterben des empfindlichen Holzbestandes. Sogar im Böhmerwald verschwinden die Tannen und auch die Bodenentwicklung wird negativ beeinflusst.

Die Mehrheit des böhmisch-mährischen Gebiets, weniger das Gebiet der Slowakei, wird praktisch von stärkerem saurem Regen (unter 3,5 pH Wert) betroffen. Vereinzelt findet man sauren Regen mit Werten unter 3 pH sogar in Gebieten, die noch als "gesund" angesehen werden, z.B. im böhmisch-mährischen Gebirge. Solche Niederschläge, die den Charakter von leichten Säuren haben, sind für die meisten Pflanzen gefährlich, weil sie die feinen Geflechte, z.B. die der Blüten verätzen und dadurch die Blumenproduktion stören. Man rechnet sogar mit einem Rückgang der Heidelbeeren, die auf saurem Boden wachsen, dem sauren Regen zu.

Durch Emissionen wird also das Produktionspotential der Wälder in mehreren Richtungen gestört: allgemein wird der Holzzuwachs unter dem Einfluss der Emissionen niedriger, wobei der ältere Holzbestand, am meisten der der Nadelbäume mit universellen Verwendungsbereich, stärker befallen ist. Auch die Böden werden von Emissionen ungünstig beeinflusst und zwar bis zu einem Grad, der nicht nur die Holzgewinnung selbst, sondern die Existenz des Holzbestandes allgemein bedroht. Auch die kostbaren lokalen Populationen des wirtschaftlichen Holzbestandes wie die produktiven Fichten aus dem Beskidengebirge, die Population der Fichte, deren Holz für Resonanzkörper der Musikinstrumente geeignet ist usw. verschwinden sehr schnell. Wenn man zur aktiven Rettung der wertvollen Populationen nicht schnell etwas unternimmt, wird das wirtschaftliche Risiko des neu gepflanzten Holzbestandes mit den unbekanntem Eigenschaften der lokal nicht adaptierten Arten in Zukunft sehr hoch.

Auch der direkte Verlust an Holz wird von Emissionen hervorgerufen. Derzeit stehen bereits etwa 1 Mio. Kubikmeter des Holzbestandes "auf dem Trocknen". Man muss mit schlechterer Qualität und mit Holzmangel in gewissen Sortimenten spätestens bis zur Jahrhundertwende rechnen.

Der Säuregehalt im Boden, das mit starkem Ausschweimen oder der Blockierung der Hauptnährstoffe Kalzium, Magnesium, Kalium bzw. Phosphor und im Gegensatz mit dem Freisetzen von Aluminium und anderen toxischen Metallen verbunden ist, wächst bereits so stark, dass man zur Eindämmung dieser Prozesse etwa 5 bis 10 Tonnen, nicht selten sogar 20 Tonnen Kalk pro Hektar benötigen würde. Etwa 30% der Waldfläche in Böhmen und Mähren benötigen Kalk. Falls man nicht rechtzeitig mit der Kalkstreuung in den Wäldern beginnt, kommt es unweigerlich zu Veränderungen des Bodens, und die Erneuerung mehrerer Holzarten wäre unmöglich. Die Kalkung ist jedoch keine vollständige oder endgültige Lösung, sondern nur eine zeitlich begrenzte rationelle Teilmassnahme.

Neben dem Produktionsbereich werden am meisten die wasserwirtschaftliche (Bodenschutzfunktion u.a.) und die Erholungsfunktion gefährdet. Durch die ökologischen und vegetativen Bedingungen im Waldboden werden eine Reihe von Änderungen im Wasserhaushalt hervorgerufen. Z.B. wird durch riesige Entwaldung und das Entstehen von grossflächigen und gleichförmigen Kahlschlägen die Zeit der Schneeschmelze im Frühling verkürzt, oder es kommt durch eine bestimmte Artenzusammensetzung der neugegründeten Holzbestände und durch die veränderte der Altersstruktur überwiegend jungen Pflanzungen zur Senkung der Retentionsfähigkeit der Böden bzw. zum Durchnässen. Als Konsequenz würden die Wälder verschwinden. Dies würde wieder Veränderungen im Wasserhaushalt nicht nur der betroffenen, sondern auch der niedriger gelegenen Gebiete hervorrufen.

Auch Gewinnung und Transport des Holzes haben beträchtliche wasserwirtschaftliche Auswirkungen. Die Zerstörung der Bodenoberfläche, die zu gewaltiger Erosion führt.

(Im Isergebirge entstehen Erosionsrinnen in einer Länge von insgesamt mehr als 100 km.) Dies wird von der gegenwärtigen Situation verursacht. Es zeigt sich natürlich auch in der Bewegung der Abschwemmungen, die wegen der "Verstopfung" der Wasserreservoirs und der Verschlechterung der Wasserqualität eine Gefahr (hauptsächlich für die Reservoirs der Wasserwerke) darstellen.

So kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Land- und der Wasserwirtschaft, da die durchgesetzten Priorität zur Lösung des Emissionsproblems nur ein Ziel hatte, nämlich die maximale Rettung des Holzbestandes. Man sollte im Interesse der gesamten Gesellschaft nach einer Lösung streben, nach der die rationelle Verzögerung der weiteren Waldbeschädigung durch Emissionen und die Verminderung der Wirkungen, die durch diese Beschädigung verursacht wurden, dominieren sollen. Dies gilt sowohl in Bezug auf die Holzproduktion (Gewinnung mit Rücksichtnahme auf Erneuerung, die Rettung des Holzgenoffonds usw.), als auch in Bezug auf

andere Produktionsfunktionen, an erster Stelle der Wasserwirtschaft.

Heute geht es schon um die Sicherung der Einhaltung solcher Grenzwerte, die das gegebene System (z.B. die Wasserwerkreservoirs) vor dem Zusammenbruch retten können. Solche Massnahmen sollen sowohl die Raumordnung der Wälder, Ausnutzung der Funktionen der abgestorbenen Bestände inbegriffen, als auch die Wirtschaftstechnologie vor allem der Holzgewinnung und des Holztransportes, genauso wie den Schutz der Wälder beinhalten. (Vergleiche die früheren Katastrophen durch Insekten, z.B. durch den Lerchenwickler). Die Verwirklichung solcher Massnahmen darf jedoch durch die gegenwärtige Legislative oder durch Gewohnheiten, die zwar in einer normalen Forstwirtschaft völlig gerechtfertigt wären, aber in einer ausserordentlichen Emissionssituation ein gewisses Hindernis darstellen, nicht gebremst werden.

Fortsetzung folgt

## Ungarischer Dissident tritt Charta-77 bei

"Ich glaubte schon immer, dass Menschen, die ähnliche Anschauungen haben wie ich, mich nicht vergessen werden. Dies gab mir Hoffnung. Ich habe an die Kraft der Solidarität geglaubt." Das schrieb der international bekannte ungarische Dissident Miklos Duray aus Bratislava in einer "Botschaft an fremde Freunde", die von der Pariser Exilzeitschrift "Svedectvi" veröffentlicht wurde. Miklos Duray wurde im November 1982 von den tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden verhaftet.

Sein Prozess war im Februar 1983 eröffnet worden, ist jedoch nicht fortgesetzt worden, da sich ausser den Budapester Intellektuellen, der Charta 77-Bewegung und der internationalen Presse, auch die kommunistische Regierung und die Partei in Ungarn für Duray eingesetzt haben.

Wie Duray berichtet, war ihm ein Urteil von sieben Jahren Gefängnis angekündigt worden. Da das Verfahren nur ausgesetzt und die Anklage nicht zurückgezogen sei, drohe ihm zu jeder Stunde die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens. Wie aus der Botschaft Durays hervorgeht, betrachtet der 40jährige Geologe seinen Einsatz für Minderheitenrechte als Teil des Kampfes für Menschenrechte. "Würde sich das Rad drehen", schreibt er, und die zukünftigen Behörden aus Rache gegen jene Nationalität vorgehen, die ihn heute unterdrückt, würde er sich wieder auf die Seite der Unterdrückten schlagen. "Jede Verletzung der Menschenrechte führt zu Gesetzeswidrigkeiten und weckt Rachegefühle," erklärt Duray weiter.

Duray ruft die ungarischen Exilgruppen in seiner Botschaft auf, den tschechischen und den slowakischen Exilanten die Hand zu reichen. Er selbst geht mit gutem Beispiel voran, mit erheblich grösserem Risiko als seine Landsleute im Westen, denn er schreibt: "Ich würde meine tschechischen und slowakischen Mitbürger, die die Charta 77 verfasst hatten, bitten, meinen Namen, wenn auch verspätet, der Liste derjenigen zuzufügen, die der Charta beigetreten sind."

## Drogenmissbrauch und Geschlechtskrankheiten am Wachsen Jugendliche besonders gefährdet

Zum ersten Mal in zwei Jahren hat der Prager staatliche Rundfunk das Drogenproblem im Lande erwähnt und gleichzeitig angekündigt, dass regelmäßige monatliche Diskussionen am Mikrophon stattfinden werden, um die Jugend aufzuklären. Diese Massnahme geht auf eine Geheimkonferenz über die Drogenfrage zurück.

Experten und zuständige Regierungsstellen hatten im November 1983 in Prag über das Problem beraten. Weder die Tagung noch die Ergebnisse der Konferenz wurden bekanntgegeben, sie werden jedoch ausführlich in einem Brief der Bürgerrechtsbewegung "Charta 77" an das tschechoslowakische Parlament erörtert, der jetzt in den Westen gelangt ist.

Obwohl die Behörden keine Zahlen veröffentlichten, geht aus verschiedenen Publikationen hervor, dass die Zahl der Drogenabhängigen bei weit über 400.000 liegt. 50 Prozent davon sind männliche Abhängige im Alter von 15 bis 19 Jahren. Bei Frauen sind Erwachsene öfter betroffen als Jüngere. Der grösste Teil der benutzten Drogen wird in der eigenen "Küche" aus Medikamenten hergestellt, die ohne Rezeptpflicht in den Apotheken zu kaufen sind. So kann man für nur wenig Geld Kodein-Tabletten erstehen, aus denen Zuhause "Stoff" extrahiert wird, der einem "Trip" von 20 Gramm Morphinum entspricht. Der Verbrauch des weitverbreiteten Mittels Dinyl, das eine hohe Kodeinkonzentration enthält, ist in den letzten fünf Jahren um das Zwanzigfache gestiegen, der Verbrauch vom ähnlich wirkenden Altagon um das Vierzehnfache.

Auch das Rauchen von Marihuana, das in der Tschechoslowakei schwerer erhältlich ist, hat dem Bericht zufolge zwischen 1971 und 1981 einen Anstieg um das Fünffache erfahren, besonders in den Altersgruppen der 15-18jährigen. "Charta 77" berichtet, dass im Jahre 1982 allein in Nordböhmen 24 Menschen unter 20 Jahren an Drogenmissbrauch gestorben sind.

Bis jetzt ist von den Behörden, so heisst es in dem Bericht, der Drogenabhängige als "Ausgestossener der Gesellschaft" behandelt worden. Es gibt nur drei Beratungszentren für Drogenabhängige - in Prag, Brünn und Reichenberg. Als Ergebnis der Geheimkonferenz zeichne sich die Absicht der Regierung ab, eine neue Gesetzgebung einzuführen, die nicht nur auf die traditionellen "harten" Drogen wie Heroin, Haschisch und Opium bezogen sein wird. Der soziale Aspekt werde dabei grössere Berücksichtigung finden, zumal auch eine grosse Zahl von "schnüffelnden" Kindern zwischen 12 und 15 Jahren den Behörden aufgefallen sei.

### "Epidemische Verbreitung" von Syphilis

Auch bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten scheint es in der Tschechoslowakei Rückschläge zu geben. Nachdem in den letzten Jahren die Fälle von Syphilis beträchtlich zurückgegangen sind - von offiziell zugegebenen

1.280 Fällen 1972 auf 443 im Jahre 1982 -, muss es im vergangenen Jahr zu einem radikalen Einbruch gekommen sein, da sowohl die Jugendpresse als auch das Fernsehen begonnen haben, sich intensiv mit dem Problem auseinanderzusetzen.

Die Ärztin Dr. Dana Zuskova, höchste Hygiene-Beamtin in Prag, erklärte in der Jugendwochenzeitschrift "Mlady Svet" wörtlich: "gegenwärtig müssen wir leider die Verbreitung von Syphilis in einem Bezirk als epidemisch betrachten. Wir strengen uns vorrangig an, das Übergreifen auf andere Bezirke und die weitere Verbreitung innerhalb des Bezirkes einzudämmen". Den Bezirk nannte die Ärztin nicht.

Auch die Zahl der Erkrankungen an Tripper ist nach offiziellen Zahlen gestiegen: von 11.982 im Jahre 1977 auf 13.286 im Jahre 1982. Die tatsäch-

lichen Zahlen betragen vermutlich jedoch bei beiden Krankheiten das Vielfache. Die Dunkelziffer bei Geschlechtskrankheiten ist besonders gross, da die geltende Gesetzgebung in der Tschechoslowakei keine absolute Schweigepflicht für Ärzte vorsieht. Der Arzt muss seine Schweigepflicht durchbrechen, wenn der Patient es selber wünscht, wenn es sein Vorgesetzter oder wenn "andere Verordnungen" es erfordern.

In der jetzt anlautenden Kampagne zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird wiederholt unterstrichen, dass die individuellen Fälle mit "grösster Diskretion" behandelt werden. Man wolle unbedingt die zur Zeit übliche Art der "Selbstbehandlung" durch Antibiotika ausschalten, die in zahlreichen Fällen umgekehrte Wirkungen als die gewünschten erzielten.

## KURZMELDUNGEN

25 neue Unterzeichner, die meisten von ihnen junge Arbeiter, sind in den letzten Monaten der Charta-77 beigetreten.

★★★

Nicht nur die grossen religiösen Gemeinschaften, sondern auch Mitglieder der kleinen, nichtzugelassenen Sekten werden in der CSSR heftig verfolgt. So fand im Vorjahr in der nordböhmisches Bezirksstadt Aussig ein Prozess statt, in dem Dipl. Ing. Frantisek Rislser, Dipl. Ing. Zdenek Taborsky und Dipl. Ing. Jiri Kubik zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Laut Anklage sollen die drei Akademiker "Zeugen Jehovas" sein, und für ihren Glauben geworben haben.

★★★

Die ohne behördliche Genehmigung erscheinende Monatszeitschrift "Charta-77 Information" brachte in der Februarausgabe 1984 mehrere Nachrichten über Kontakte zwischen Charta-77 Unterzeichnern und der Friedensbewegung im Westen. So wurde der offene Brief, den die Charta-77 an die westlichen Friedenskämpfer adressiert hatte, von den Teilnehmern eines Kongresses in Osnabrück beantwortet, die sich im Dezember 1983 unter dem Motto "Die oppositionellen Bewegungen Osteuropas - die westlichen Friedensbewegungen" sammelt hatten. Sie brachten in dem Schreiben ihre Meinung zum Ausdruck, dass nicht nur neue amerikanischen Raketen, sondern auch die Sowj. in der CSSR und DDR den Frieden in Europa bedrohten. Ein dringender Appell an die CSSR-Behörden gegen die Verfolgung jeder unabhängigen Friedensinitiative im Lande wurde beigefügt.

Nachdem René Matousek aus Reichenberg/Nordböhmen in einem offenen Brief scharfe Kritik an den CSSR-Gewerkschaften geübt hatte, wurde er inhaftiert und im August 1983 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Dies war offensichtlich nicht genug; man hat ihn auch jetzt - während seiner Haft - erneut angeklagt. Eine Kopie seines kritischen Briefes sollte er angeblich nach England gesendet haben. Sie ist jedoch in die Hände der Polizei gefallen. R. Matousek ist Charta-77 Unterzeichner, verheiratet und hat zwei kleine Kinder.

★★★

1985 wollen die Katholiken in der CSSR den Tod von St. Metod vor 1100 Jahren feierlich gedenken. Zu diesem Anlass schickte Kardinal Frantisek Tomasek eine Einladung an den Papst. Die Gläubigen haben sich auf ihre eigene Art der Einladung angeschlossen. Sie schreiben dem Papst: "Bitte, Heiliger Vater, kommen Sie in die Tschechoslowakei!" Mehr als 17.000 Menschen haben bisher diese Bitte unterzeichnet. Der Staatssicherheitsdienst übt Druck auf die Ordinarien mancher Diözesen aus; diese sollten sich öffentlich von der Bittschrift distanzieren. Viele Unterzeichner, deren Namen der Polizei bekannt waren, mussten sich Polizeiverhören unterziehen.

Drei junge Katholiken: Jozef Juracek, Oto Svec und Jozef Sadovsky aus der Gemeinde Kmetova, Bezirk Nove Zamky und Martin Stieranka aus Hrustin, Bezirk Dolny Kubin wurden während der Verhöre geschlagen. In Brünn und in Trencin behauptete die Polizei, die Unterschriftenaktion erfülle den Tatbestand des Par.100 - Aufwiegung gegen den Staat.

Zwei evangelische Pastoren - Jan Dus und Milos Reichrt - denen jedoch die Ausübung ihres geistlichen Berufes seit langem verboten ist, haben sich an den CSSR-Staatsanwalt Fejes gewendet, um auf die schlechten Umstände in den tschechoslowakischen Gefängnissen, in denen in der letzten Zeit mehrere Leute an Gesundheit und Leben gefährdet waren hinzuweisen. Konkret wurde der Vorfall von Jan Litomisky, dessen Zustand sich während dreijähriger Haft wesentlich verschlechtert hatte, erwähnt. Auch die Spitzenorgane der evangelischen Kirche wurden in diesem Sinne verständigt, wil Ing. Litomisky einer der bekanntesten und aktivsten Laien war.



Am 18. Februar wurde wieder ein Musikabend, an dem etwa hundert junge Leute, unter ihnen auch fünf Ostdeutsche teilnahmen, von der Polizei auseinandergetrieben. Obwohl die Veranstaltung von den Behörden regulär zugelassen wurde, griff die Polizei sogar mit 2 Schäferhunden ein. Von den Teilnehmern wurden die Personalien festgehalten, manche wurden niedergeschlagen, einer der Jugendlichen erlitt eine Gehirnerschütterung.

Die Jugend aus Hronov-Zbencik/Ostböhmen hatte sich versammelt, um die populäre Rockmusik zu hören. Einen Tag früher fand aus ähnlichen Gründen in Ostböhmen eine Gerichtsverhandlung statt. Sechs Jugendliche erhielten dabei Freiheitsstrafen bis zu 15 Monaten, weil sie im Vorjahr in Kunitice an einer ungenehmigten Musikveranstaltung teilgenommen hatten.



Abonnieren Sie OST NACHRICHTEN jetzt !

Ich interessiere mich für OST NACHRICHTEN und bestelle

BITCO adressieren

1/2 ABO (12 AUSGABEN) FÜR DM 20,-

(einst. Porto, Abokosten Österreich 05 150,-, \* Paris 20 Franken)

1 ABO (24 AUSGABEN) FÜR DM 38,-

(einst. Porto, Abokosten Österreich 05 200,-, \* Paris 25 Franken)

Name

Anschrift

Land

Unterschrift

CSSR und Österreich

### Keine praktischen Fortschritte für "gewöhnliche" Menschen

Ob es wirklich ein Zufall war, neue Komplikationen bei der Visaerteilung im Schiffsverkehr zwischen Wien und Pressburg genau zu der Zeit anzukündigen, als der österreichische Aussenminister Ende März zu einem offiziellen Besuch in Prag weilte? Viel eher sieht es nach einer Unfreundlichkeit aus, einem Beitrag des nachbarschaftlichen Überwachungsapparats, dessen vereinte Kräfte alle Bereiche des Lebens bis ins Letzte zu durchdringen suchen.

Es gibt auch noch immer zwischenmenschliche Kontakte, die als lebendige, hoffnungsvolle Wirklichkeit existieren. Es gibt aber auch zu viele Widersprüche zwischen den verlautbarten Wünschen für gut nachbarschaftliche Beziehungen in der täglichen Praxis.

Als diesmal von den zahlreichen humanitären Fällen in der CSSR ganz allgemein die Rede war, haben die westlichen Medien nur einen Namen erwähnt. Es war der junge Jan Hajek, Sohn des prominenten CSSR-Aussenministers aus der Dubcek-Ära und eines der aktivsten Charta-77 Mitgliedes. Dennoch gibt es bis heute auch in diesem Vorfall kein konkretes Ergebnis. Daher bleibt auch dieser an sich einfache Fall, der die Ermöglichung eines Universitätsstudiums in Wien für einen sehr begabten jungen Menschen gebracht hätte, im grossen Paket der schmerzhaften menschlichen Schicksale, für deren Verbesserung Prag nach wie vor so wenig Verständnis und Mitleid zeigt.

Einerseits stehen da klare Absichten und guter Wille, das Streben nach offenen Grenzen und einem Grenzverkehr ohne künstliche Hindernisse; das heisst: Kontakte nicht nur auf höchster Ebene, sondern für alle "gewöhnlichen" Menschen auf beiden Seiten. Andererseits herrschen jedoch zu viel Verdächtigung und strenge Kontrollmassnahmen, die einen auf Schritt und Tritt begleiten. So bleibt die CSSR trotz aller österreichischen Bemühungen als einziges Nachbarland praktisch unzugänglich.

Jeder vernünftige Mensch auf beiden Seiten würde sich natürlich über jeden auch noch so kleinen Fortschritt in den Beziehungen zweier Nachbarländer aufrichtig freuen, um so mehr, da es so viel Gemeinsames in Geschichte und Kultur gibt.

Einen weiteren Beweis für die Kluft zwischen Wort und Tat liefert auch der alljährliche Strom von Flüchtlingen - immer nur in eine Richtung. Dies ist ein Zeichen dafür, wie wenig attraktiv und erträglich das Leben in einem solchen Land für seine eigenen Bürger ist.

Im Klartext: der konkrete Beitrag von tschechoslowakischer Seite zu der von Prag so oft proklamierten friedlichen Zusammenarbeit in Europa bleibt nach wie vor zu gering.

Dagmar Vaneckova



## Trotz Verfolgung: mehr Ordensleute

Etwa 140.000 Mitglieder zählten im Jahre 1982 die wichtigsten Männerorden und -kongregationen in der Tschechoslowakei, und dies trotz der Klösteraufhebung und des Ordensverbotes im Jahre 1950 durch das kommunistische Regime. Die Zahl der Ordensleute ist gegenüber 1981 sogar leicht angestiegen; insgesamt verzeichneten die Orden 932 Abgänge und 950 Neuaufnahmen. Dies geht aus einer im katholischen Untergrund verbreiteten Statistik hervor, welche die Männerorden mit über 3.000 Mitgliedern erfasst. Bei näherer Betrachtung sieht die Entwicklung der tschechoslowakischen Männerorden jedoch immer noch bedenklich aus. Von den 17 aufgeführten Gemeinschaften haben lediglich 7 einen Zuwachs zu verzeichnen gehabt. Diesen Zuwachs teilten sich die Trapisten (+539) und Franzis-

kaner (+329) praktisch allein. Der Zuwachs für den sehr strengen und geschlossenen Orden der Trapisten mutet geradezu spektakulär an, bei einem Mitgliederzuwachs von 15 Prozent innerhalb eines Jahres! Die Franziskaner sind mit 20.666 Ordensleuten der zweitgrösste Orden der Tschechoslowakei (Stand 1982). Der grösste Orden sind die Jesuiten mit 26.778 Mitgliedern im Jahre 1982. Sie hatten einen Rückgang von 127 Ordensleuten zu beklagen. Den grössten Aderlass erlitten die Brüder christlicher Schulen; die Zahl der Mitglieder sank 1982 um 227 Ordensleute auf 10.011. Die Salisianer zählten 1982 16.893 Ordensleute (-22), Kapuziner 11.830 (-114), Benediktiner 9.427 (-50), Dominikaner 7.062 (-102), um die weiteren wichtigsten Orden zu nennen.



DDR:

# DDR-Jugend: Zukunft gesucht!

Veronika Bodoki

"Ihr seid unsere Zukunft", "Ihr müsst unser sozialistisches Vaterland verteidigen", "Ihr müsst für den Aufbau des Sozialismus kämpfen", usw. usw. Am laufenden Band Aufforderungen zum Kampf.

Das fing schon im Kindergarten an. Ständige Besuche von Antifaschisten, verdienten Helden der DDR und der Sowjetunion. So eine Menge Vorzeigekommunisten wie wir als Kinder und Jugendliche in der DDR kennengelernt haben, das waren uns schon als Achtjährige zu viel.

Wir spöttelten schon damals, ganz leise versteht sich: wenn es so viele Kommunisten und Antifaschisten gegeben hat, warum konnte dann Hitler an die Macht kommen?

Wir lernten keine deutschen Volkslieder, obwohl es *ihner genug gab, wir lernten in unseren "Kinderliedern" vom Kampf der Antifaschisten und vom Aufbau des Sozialismus. Dafür im Russischunterricht, der an verschiedenen Schulen bereits mit dem 1. Schuljahr anfang, russische Volkslieder.*

Ab der 7. Klasse gab es die Möglichkeit fakultativ am Englisch- oder Französischunterricht teilzunehmen. Das ging nicht etwa so vor sich, dass jeder Schüler eine jener Sprachen lernen konnte, die er wollte. Nein, der Russischlehrer traf die Entscheidung: Hatte der Schüler nicht die Note "sehr gut" oder "gut" im Russischunterricht vorzuweisen, so durfte er nicht am Englisch- bzw. Französischunterricht teilnehmen. Ich selbst hatte kein grosses Interesse am Russischunterricht und konnte nur ein "genügend" vorweisen. Eine Unterrichtsstunde lang habe ich trotzdem am Englischunterricht teilgenommen, dann wurde es mir von meiner Russischlehrerin untersagt. Ich ärgerte mich sehr, denn für die englische Sprache interessierte ich mich entsprechend mehr, hätte ich doch Verwandte in Amerika, und nicht in der Sowjetunion, mit denen ich korrespondieren wollte.

In der Schule wurden wir nicht nur auf Helden aufmerksam gemacht. Wir lernten auch, wer unsere Feinde waren: im DDR-Jargon nannte man sie "Bonner-Ultras" und "kapitalistische Kriegstreiber".

Je älter wir wurden, um so mehr Fragen wurden nicht beantwortet und als "Provokation" zurückgewiesen. Wie zum Beispiel die Frage, warum wir hinter Mauer und Stacheldraht mit Minenfeldern und patroulierenden Soldaten mit Bluthunden lebten. Wenn es überhaupt eine Antwort darauf gab, dann wurde uns erklärt: damit schützen wir unsere Republik vor unseren Feinden. Wir aber fragten, wer denn unsere Feinde seien. Das waren die "Bonner-Ultras", "Kapitalisten", eben die, die auf der anderen Seite, hinter der Mauer lebten.

Wir fragten: wenn wir uns vor denen schützen müssen, warum können sie dann bei Zahlung eines entsprechenden Eintrittsgeldes zu uns kommen, wir aber, die wir den Sozialismus aufbauen und "anständige Menschen" seien nicht zu ihnen fahren? Ab hier wurden Fragen nicht mehr beantwortet oder mit schlimmen Lügen ausgefüllt.

Die Erziehung zum "sozialistischen Menschen" war ein ständiges Lernen neuer Phrasen und Parolen.

Das grösste Übel aber ist das Eingesperrtsein. Da wurden wir ständig aufgefordert die Völkerfreundschaft zu vertiefen, aber unsere ausländischen Freunde konnten wir uns nicht aussuchen. Briefpartnerschaften wurden von der Schule überwiegend mit Schülern in der Sowjetunion angeboten.

## Die Jugend der DDR ist mutiger geworden

Die Jugend in der DDR ist auch wie die jungen Menschen in den anderen Ostblockländern mutiger geworden. Sie suchen nach ehrlichen Werten und Zukunftsperspektiven.

Der Realsozialismus hat nichts Attraktives für junge Menschen zu bieten. Und gerade das Proletariat, die grosse Hoffnung des Marxismus, sitzt in den Gasthäusern am Biertisch und schimpft über die "Errungenschaften des Sozialismus". Es gibt keine Arbeitsschutzhandschuhe, es gibt keine pünktliche Lieferung von Ersatzteilen, es gibt solche Selbstverständlichkeiten wie Kartoffeln nicht in der Qualität, wie man es erwarten kann. Eier werden in den Kühlhäusern eingelagert bis sie überlagert sind und kommen erst dann in den Handel.

Aber die Betriebsversammlungen finden immer pünktlich statt und die Themen sind immer die gleichen: grössere Normen, bessere Qualitäten, weniger Arbeitsausfälle, mehr Pünktlichkeit. Es gibt Ärzte zu denen man gehen kann und sagen kann: "Bitte schreiben Sie mich krank, ich habe keine Lust zur Arbeit zu gehen." Die Antwort des Arztes ist dann nur kurz: "für wie lange?"

Die DDR-Jugend kennt so scheint es, momentan zwei Wege in die Zukunft. Erstens, sich angepasst, kleinmütig und die gewünschten Parolen nachplappernd, zu bewegen. Dies ist sicherlich für einige zunächst der bequemere Weg, jedoch sind es gerade jene, die dann oftmals mit ihrem Leben nicht fertig werden, und z.B. dem Alkohol verfallen. Auch die grosse Zahl der Scheidungen und die hohe Selbstmordrate der DDR sind dafür ein Spiegelbild.

Doch eine zunehmend grössere Zahl der Jugend ist in Aufbruchstimmung. Sie trifft sich in Gruppen um freie Diskussionen zu führen. Sie veranstaltet unabhängige Strassenfeste, Ausstellungen und versammelt sich dort, wo Musikgruppen mit ihrer Texten zum Mitdenken anregen. Spontane Fahrraddemonstrationen und Plakataktionen werden von ihr durchgeführt, um auf die Ökologie- und Friedensprobleme der DDR aufmerksam zu machen.

Diesen Mut sich öffentlich für die verschiedensten Dinge einzusetzen, hatten wir vor einigen Jahren noch nicht.

## Potemkin in der Swinemünderstr. Oder wie eine Ost-Rentnerin zu Gardinen kommt

Als SED-Chef Erich Honecker am 9. Februar in der Swinemünder Strasse 120 im Berliner Bezirk Mitte im Ostteil der Stadt die nach Rechnung des Parteiorgans "Neues Deutschland" zweimillionste neue Wohnung "seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossenen Wohnungsbauprogramm" besichtigte, konnte er sich wie der zaristische Fürst Grigori Alexandrowitsch Potemkin fühlen, der Vater der gleichnamigen Dörfer: die Fassaden strahlten in neuen Farben, die Strasse war glatt, eben und sauber, an allen Fenstern hingen Gardinen, in der "Jubiläumswohnung" des Bustafahres Hans Fichtner glänzte Parkett. Das war alles "gesetzmassiger" Sozialismus, denn schon einige Tage vor dem Jubiläumstag erschienen die "Organe" in der Swinemünder Strasse und brachten Parkverbotsschilder an. Ihnen folgten Strassenbauarbeiter, die den Abschnitt, den Honecker begehen würde, regelrecht renovierten, eine Putzkolonne beseitigte anschliessend alle Arbeitsspuren. Die Anwohner freuten sich über diese seit Jahrzehnten überfälligen Aktivitäten. Freude empfand auch eine Rentnerin in dem Haus gegenüber der Nummer 120. Aufmerksame Funktionäre hatten nämlich entdeckt, dass an ihren Fenstern keine Gardinen hingen. Aber diese Fenster lagen genau gegenüber der Renomier-Jubiläumswohnung im zweiten Stock.

Bedienstete eines nicht näher identifizierten staatlichen Unternehmens erschienen noch am selben Tag und verschönten die Fenster der Rentnerin mit Gardinen.

Was der SED-Generalsekretär auch nicht bemerken konnte, war die Tatsache, dass allein die von ihm besichtigte Wohnung mit Parkettfussboden ausgestattet war. Jedenfalls erinnert nun eine Tafel an diesen Besuch Honeckers in diesem Modernisierungsquartier.

## Ostwirtschaft:

### Modernisierung der tschechoslowakischen Industrie schwierig Planungsfehler, Materialmangel, Terminüberschreitungen

Die dringend notwendige Modernisierung der tschechoslowakischen Wirtschaft scheitert immer wieder an scheinbaren Kleinigkeiten. Die beiden massgeblichen Zeitungen des Landes, die in Prag erscheinende "Rude Pravo" und die "Pravda" aus Bratislava kommen in mehreren Berichten über die Entwicklung in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres zu diesem Ergebnis. Beiden Blättern war zu entnehmen, dass sich die Verhältnisse seitdem nicht geändert haben.

Eigentlich sollten im ersten Halbjahr 1983 planmässig 32 grössere Fabriken die Arbeit aufnehmen. Tatsächlich waren es nur 19. "Schon seit Jahren" wurden die Bauzeiten nämlich um durchschnittlich 46 Prozent überzogen, heisst es dazu in den Blättern.

Die Folge: die Produktion vor allem von Exportgütern beginnt viel später

als geplant, was schmerzliche Verluste an Devisen bedeutet.

Grund für die Verzögerungen sind vor allem mangelhafte Planung und nicht termingerechte Anlieferung der Maschinen, wenn die Produktionshallen endlich fertig sind, heisst es in "Rude Pravo". Auch der Versuch, mit einem "Schockprogramm" die Fertigstellung besonders wichtiger Fabriken zu beschleunigen, ist weitgehend gescheitert. Statt die Fristen um - wie geplant - durchschnittlich 14 Monate zu verkürzen, gelang nur eine Beschleunigung um vier Monate. Die nicht zuletzt auf veralteten Anlagen beruhende Energieverschwendung bedeutet ebenfalls eine Hürde für die Industriemodernisierung. Von den im Lande vorhandenen etwa 10.000 Industriekesseln ist beispielsweise nach Angaben der "Pravda" ein Drittel über 30 Jahre alt und damit technologisch total überholt.

### Polnische Fluggesellschaft LOT in Schwierigkeiten

Die staatliche polnische Fluggesellschaft LOT ist wegen ihres stark veralteten Maschinenparks und der im Westen eingeschränkten Flugrechte am Rande des Zusammenbruchs angelangt. Politische Beobachter nahmen daher mit überaus grossem Beifall die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zur Kenntnis, wonach polnische Charterflugzeuge wieder auf US-Flugplätzen landen dürfen.

Obwohl die LOT in den 70er Jahren Pläne verfolgte, auch westliche Flugzeuge zu kaufen und einzusetzen, besteht ihre gesamte Flotte ausschliesslich aus sowjetischen Baumustern, die sich sämtlich durch einen sehr grossen Treibstoffverbrauch auszeichnen.

Mindestens 26 der insgesamt knapp 50 LOT-Maschinen werden noch mit Propellern angetrieben. Die modernsten Flugzeuge - die aber im internationalen Vergleich auch schon als veraltet angesehen werden - sind fünf "IL-62M". Den mangels entsprechender starker

Triebwerke mit vier Düsen ausgerüsteten östlichen "Aerbus" "IL-86" hat die LOT zwar bestellt, aber noch nicht erhalten, obwohl die staatliche Luftfahrtindustrie des Landes einige Komponenten produziert und zuliefert.

### Führende Rolle ungarischer und jugoslawischer Firmen beim Ausbau des libyschen Verkehrswesens

Zwei der führenden Projekt-Consult-Unternehmen Oseuropas spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung und dem Ausbau des libyschen Verkehrs- und Transportsystems. Es handelt sich dabei um die ungarische Firma TESCO/UVATERY und das jugoslawische Unternehmen Ivan Milutinovic (PIM). Über Einzelheiten berichtete die Wochenzeitschrift "Middle East Times" in Nikosia. Die ungarische Firma hat dabei festen Fuss beim Bau libyscher Eisenbahnlinien gefasst. Zurzeit plant TESCO/UVATERY zwei Eisenbahnverbindungen an den Zuwarah- und Abu-Khamash-Industriekomplex an der Mittelmeerküste westlich der Hauptstadt Tripolis.

### Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei

In den letzten Jahren weisen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei ein dynamisches Entwicklungstempo auf.

Im Zeitraum 1970-1982 nahm der Warenaustausch zwischen beiden Ländern im Jahresdurchschnitt um 25,7 Prozent zu (in Laufenden Preisen).

1974 unterzeichneten Bulgarien und die Türkei ein Abkommen, das die gegenseitige Anwendung der Meistbegünstigungsklausel in den Handelsbeziehungen vorsah. Das trug erheblich zu einer raschen Zunahme des Warenaustausches zwischen beiden Staaten bei. 1975 erhöhten sich die bulgarischen Exporte in die Türkei im Vergleich zu 1974 auf etwas mehr als das Doppelte.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickelten sich rasch, als der Gemischte bulgarisch-türkische Ausschuss für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit gegründet wurde. Nach Feststellung der gegenseitig vorteilhaften Bereiche der Zusammenarbeit wurden entsprechende Unterausschüsse gegründet - für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, für Zusammenarbeit in Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Transportwesen und Kommunikationen, in Handel, Nahrungs- und Genussmittelindustrie usw. Einige Jahre nach der Verbindung der Elektroenergiesysteme beider Länder, im Juli 1975 betrug die Menge der von Bulgarien an die Türkei gelieferten Elektroenergie mehr als das Zehnfache. Die Zunahme der Elektroenergieexporte fiel 1982 noch deutlicher aus.

Mit bulgarischer Unterstützung sollen nun in der Türkei auch kleine Wasserkraftwerke errichtet werden.

Auch die Zusammenarbeit bei der Gewinnung von Erz und der Herstellung von Erzschlack (vor allem Blei-, Kupfer- und Zinkerz) wird intensiviert. Mit bulgarischer Beteiligung entstehen Flotationskapazitäten, wobei Bulgarien als Kompensation einen Teil der Produktion erhält. Ähnliche Abkommen gibt es auch über einige andere Bodenschätze. Bei den Exporten von einigen Erzeugnissen der Metallurgie und Chemieindustrie, wie Ätznatron, Ammoniumsulfat, Ammoniumhydrogenkarbonat, groben Stahlblech u.a., rangiert die Türkei auf einer der vordersten Plätze.

Die bulgarischen Importe aus der Türkei umfassen vor allem Gerbextrakte, Leder, landwirtschaftliche Erzeugnisse

## OST NACHRICHTEN

Herausgeber, Eigentümer und Verleger  
Institut für sowjetische Gegenwart e.V.  
D-8000 München, Lucile Grahn Str. 41

### Redaktion:

A-1040 Wien, Graf-Starhembergasse 9/4,  
Tel.: 63 94 833

### Länderredaktionen:

Baltikum + Ostwirtschaft: Aigis Klimatis

Bulgarien: Stefan Tabakoff

DDR: Veronika Bodoki

International: Hubert Huber

Jugoslawien: Aleksa Dijas

Polen: Elzbieta Lederer

Tschechoslowakei: Frantisek Vanecek

Sowjetunion: Dr. Lev Rudkevich

Chefredakteur: Aigis Klimatis

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

P.b.b.  
Verlagspostamt 1130 Wien/ Erscheinungsort  
Wien